

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Einladung

Außerplanmäßige Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 12.05.2020, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
- 2 Änderung der Tagesordnung**
- 3 Bericht des Oberbürgermeisters**
- 4 Genehmigung der Niederschrift der außerplanmäßigen Sitzung vom 14.04.2020**
- 5 Anträge**

Angelegenheiten des Hauptausschusses

- 5.1 Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (für die Fraktion der SPD) **2020/AN/0968**
Freigabe zur Besetzung von Stellen aus dem Stellenplan
2020/2021

6 Beschlussvorlagen

Angelegenheiten der Bürgerschaft

- 6.1 Weiterer Umgang mit den Sportstätten der Wohnen in Rostock **2020/BV/0802**
Wohnungsgesellschaft mbH (WIRO); Prüfauftrag 2018/AN/3841
- 6.2 Änderung des Beschlusses Nr. 2019/BV/0500 **2020/BV/0871**
Wirtschaftsplan 2020 des "Eigenbetriebes Kommunale
Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hanse- und
Universitätsstadt Rostock"

Angelegenheiten des Hauptausschusses

- 6.3 Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 480,38 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege **2020/BV/0795**
- 6.4 Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 1.000 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege **2020/BV/0796**
- 6.5 Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 150 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege **2020/BV/0797**

Angelegenheiten des Bau- und Planungsausschusses

- 6.6 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag): Wohnresidenz Markgrafenheide - Neubau von zwei Mehrfamilienhäusern und einem Wohn- und Geschäftshaus sowie 22 Fahrradschuppen im B-Plan Nr. 01.SO.169, Rostock, Albin-Köbis-Str.; Az.: 03183-19 **2020/BV/0846**
- 6.7 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag): Neubau Pension (2 Häuser) - Haus 1 mit 12 Betten sowie Büroräumen, Haus 2 mit 12 Betten, Betriebsleiterwohnung sowie Garagenanbau, B-Plan Nr. 04.GE.02, Rostock, Trelleborger Str. 12b, c; Az.: 03409-19 **2020/BV/0853**
- 6.8 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag): "Neubau Wohn- und Geschäftshaus mit Tiefgarage - Glatter Aal, Bauteil B" Rostock, Buchbinderstr. 6, 7, 8, Rostocker Heide 3, 4, 5, 6, 7 und Rungestr. 19, 19a, 19b; Az.: 03000-19 **2020/BV/0863**
- 6.9 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Voranfrage): "Aufstockung, Anbau Mehrfamilienwohnhaus", Rostock, Helsinkier Str. 35, 36, 37, 39; Az.: 01341-19 **2020/BV/0899**
- 6.10 Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB für das Bauvorhaben (Bauantrag): "Errichtung einer Umschlaghalle und eines Bürocontainers mit 5jähriger Nutzungszeit (Befristung 01.10.2025), 104 PKW-Stellplätze, 28 Fahrradabstellplätze, Müllsammelplatz, Löschteich, 325 Lieferwagen-Stellplätze, B-Plan Nr. 16.SO.40" Rostock, Kleine Rampe, Az.: 00019-20 **2020/BV/0900**

7 Bericht aus den Aufsichtsgremien

8 Informationsvorlagen

9 Verschiedenes

10 Schließen der öffentlichen Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

11 Anträge

12 Beschlussvorlagen

Angelegenheiten des Hauptausschusses

- | | | |
|------|--|---------------------|
| 12.1 | Vorstandsangelegenheiten Rostocker Straßenbahn AG | 2020/PV/0848 |
| 12.2 | Antrag auf Verzicht einer Ausschreibung gemäß
Bürgerschaftsbeschluss Nr. 0342/06-A zur Vergabe eines
Erbbaurechtes auf dem Grundstück am Südring 81 | 2019/BV/0254 |
| 12.3 | Vergabeentscheidung zum Offenen Verfahren 02/10/20
Einsammlung und Verwertung von Papierabfällen in der
Hanse- und Universitätsstadt Rostock einschließlich
Bewirtschaftung der Behälter für den Zeitraum 2021 bis 2025 | 2020/BV/0896 |

Angelegenheit des Liegenschafts- und Vergabeausschusses

- | | | |
|------|--|---------------------|
| 12.4 | Kronenschnittmaßnahmen an Bäumen der Hanse- und
Universitätsstadt Rostock zur Herstellung der
Verkehrssicherheit | 2020/BV/0935 |
|------|--|---------------------|

13 Bericht aus den Aufsichtsgremien

14 Informationsvorlagen

15 Verschiedenes

16 Schließen der Sitzung

Wichtige Hinweise für alle an der Sitzung teilnehmenden Personen:

Plätze für Besucherinnen und Besucher sind beim Sitzungsdienst der Bürgerschaft (Telefon [0381 381-1307](tel:0381381-1307)) bis zum 12. Mai 2020, 14.00 Uhr, zu reservieren.

Gemäß § 7 Absatz 1 in Verbindung mit § 8 Absatz 3 der Verordnung der Landesregierung MV gegen das neuartige Coronavirus (Anti-Corona-VO MV) vom 17.04.2020 werden die anwesenden Personen in einer Anwesenheitsliste mit Vor- und Familienname sowie vollständiger Anschrift und Telefonnummer erfasst.

Die Anwesenheitsliste wird gemäß vorgenannter Verordnung vom Sitzungsdienst der Bürgerschaft für die Dauer von vier Wochen nach Ende der Sitzung aufbewahrt und ist der zuständigen Gesundheitsbehörde im Sinne des § 2 Absatz 1 Infektionsschutz- ausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auf Verlangen vollständig herauszugeben.

Weiterhin wird für die Durchführung der Sitzung dringend auf die Einhaltung der Regelungen des § 7 Absatz 1 der Anti-Corona-VO MV der Landesregierung MV vom 17.04.2020 hinsichtlich der gestiegenen hygienischen Anforderungen sowie des Einhaltens des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen verwiesen.

Claus Ruhe Madsen

Außerplanmäßige Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 12.05.2020, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**
- 2 Änderung der Tagesordnung**
- 3 Bericht des Oberbürgermeisters**
- 4 Genehmigung der Niederschrift der außerplanmäßigen Sitzung vom 14.04.2020**
- 5 Anträge**

Angelegenheit des Hauptausschusses

- | | | |
|-------|---|-----------------------------|
| 5.1 | Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (für die Fraktion der SPD)
Freigabe zur Besetzung von Stellen aus dem Stellenplan
2020/2021 | 2020/AN/0968 |
| 5.1.1 | Freigabe zur Besetzung von Stellen aus dem Stellenplan
2020/2021 | 2020/AN/0968-01 (SN) |

6 Beschlussvorlagen

Angelegenheit der Bürgerschaft

- | | | |
|-----|---|---------------------|
| 6.1 | Weiterer Umgang mit den Sportstätten der Wohnen in Rostock
Wohnungsgesellschaft mbH (WIRO); Prüfauftrag 2018/AN/3841 | 2020/BV/0802 |
|-----|---|---------------------|

Angelegenheiten des Hauptausschusses

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 6.2 | Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 480,38 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege | 2020/BV/0795 |
| 6.3 | Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 1.000 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege | 2020/BV/0796 |
| 6.4 | Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 150 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege | 2020/BV/0797 |

7 Bericht aus den Aufsichtsgremien

8 Informationsvorlagen

9 Verschiedenes

10 Schließen der öffentlichen Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

11 Anträge

12 Beschlussvorlagen

Angelegenheiten des Hauptausschusses

- | | | |
|------|---|--------------|
| 12.1 | Antrag auf Verzicht einer Ausschreibung gemäß Bürgerschaftsbeschluss Nr. 0342/06-A zur Vergabe eines Erbbaurechtes auf dem Grundstück am Südring 81 | 2019/BV/0254 |
| 12.2 | Vergabeentscheidung zum Offenen Verfahren 02/10/20 Einsammlung und Verwertung von Papierabfällen in der Hanse- und Universitätsstadt Rostock einschließlich Bewirtschaftung der Behälter für den Zeitraum 2021 bis 2025 | 2020/BV/0896 |

13 Bericht aus den Aufsichtsgremien

14 Informationsvorlagen

- 14.1 Prüfungsergebnis zur Errichtung eines Ärztehauses durch die kommunale Hand 2020/IV/0970

15 Verschiedenes

16 Schließen der Sitzung

Wichtige Hinweise für alle an der Sitzung teilnehmenden Personen:

Plätze für Besucherinnen und Besucher sind beim Sitzungsdienst der Bürgerschaft (Telefon [0381 381-1307](tel:03813811307)) bis zum 12. Mai 2020, 14.00 Uhr, zu reservieren.

Gemäß § 7 Absatz 1 in Verbindung mit § 8 Absatz 3 der Verordnung der Landesregierung MV gegen das neuartige Coronavirus (Anti-Corona-VO MV) vom 17.04.2020 werden die anwesenden Personen in einer Anwesenheitsliste mit Vor- und Familienname sowie vollständiger Anschrift und Telefonnummer erfasst.

Die Anwesenheitsliste wird gemäß vorgenannter Verordnung vom Sitzungsdienst der Bürgerschaft für die Dauer von vier Wochen nach Ende der Sitzung aufbewahrt und ist der zuständigen Gesundheitsbehörde im Sinne des § 2 Absatz 1 Infektionsschutz- ausführungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern auf Verlangen vollständig herauszugeben.

Weiterhin wird für die Durchführung der Sitzung dringend auf die Einhaltung der Regelungen des § 7 Absatz 1 der Anti-Corona-VO MV der Landesregierung MV vom 17.04.2020 hinsichtlich der gestiegenen hygienischen Anforderungen sowie des Einhaltens des Mindestabstands von 1,5 Metern zwischen Personen verwiesen.

gez.
Claus Ruhe Madsen

Antrag	Datum: 30.04.2020
Entscheidendes Gremium: Hauptausschuss	
Dr. Steffen Wandschneider-Kastell (für die Fraktion der SPD) Freigabe zur Besetzung von Stellen aus dem Stellenplan 2020/2021	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
12.05.2020	Hauptausschuss
	Zuständigkeit
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Freigabe der Stelle Stadtteilmanager*in Schmarl und bittet die Verwaltung diese zum 01.09.2020 zu besetzen.

Begründung:

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 29.04.2020 den Haushaltsentwurf 2020/2021 beschlossen. Mit Änderungsantrag 2020/BV/0712-01 wurde in Punkt 2 die Einrichtung einer Stelle Stadtteilmanager*in beschlossen. Da mit dem Änderungsantrag 2020/BV/0712-29 gleichzeitig alle zusätzlichen Stellen des Stellenplanes mit einem Sperrvermerk versehen wurden, ist eine Freigabe über den Hauptausschuss notwendig.

Dr. Steffen Wandschneider-Kastell
Fraktionsvorsitzender

Stellungnahme	Datum: 06.05.2020
Entscheidendes Gremium:	fed. Senator/-in: OB, Claus Ruhe Madsen
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Hauptamt	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	
Freigabe zur Besetzung von Stellen aus dem Stellenplan 2020/2021	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
12.05.2020	Hauptausschuss
	Zuständigkeit
	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Die Verwaltung nimmt zur Kenntnis, dass der Hauptausschuss die Freigabe der neu - mit Änderungsantrag 2020/BV/0712-01 zum "Haushaltsbeschluss" - eingerichteten Stelle "Stadtteilmanager*in Schmarl (TVöD-K 9c)" beschließen soll.

Dieser Antrag gibt Anlass, deren Grundlage, den in der Bürgerschaft am 29.04.2020 beschlossenen Änderungsantrag 2020/BV/0712-29, aus Sicht der Verwaltung klarzustellen:

Es ist formalrechtlich nicht möglich, einen "Vermerk" im Sinne der Gemeindehaushaltsverordnung Doppik ("GemHVO-Doppik") für bestimmte Stellen in einen Stellenplan aufzunehmen, der den Wortlaut haben soll *"Die Freigabe zur Besetzung der Stelle erfolgt über eine Beschlussfassung im Hauptausschuss oder durch den Nachtragshaushalt [2020/2021](#)."*

Ehemals die Stellenplanverordnung, nunmehr § 4a GemHVO-Doppik regelt abschließend den möglichen Inhalt eines Stellenplanes.

In Absatz 4 ist geregelt:

"Stellen, die nicht mehr benötigt werden, sind unter Angabe eines bestimmten Zeitpunktes als künftig wegfallend (kw) zu bezeichnen. Stellen, die zu einem späteren Zeitpunkt anders bewertet werden sollen, sind als künftig umzuwandeln (ku) zu bezeichnen. Dabei ist die künftige Bewertung anzugeben. Bei Stellen, die länger als ein Jahr unbesetzt waren, ist zu vermerken, seit wann die Stellen unbesetzt sind."

Es sind also nur "kw"- bzw. "ku"-Vermerke sowie bei länger unbesetzten Stellen ein Datum im Stellenplan an bestimmten Stellen zu "vermerken".

Die Verwaltung versteht diesen Änderungsantrag der Bürgerschaft - rechtskonform - deshalb so, dass lediglich im Rahmen des Haushaltsvollzugs die "neu ausgewiesenen", also die ca. 48 neu eingerichteten Stellen vom Hauptausschuss vorab "freigegeben" werden sollen bzw. dass über diese Stellen im Nachtragshaushalt explizit noch einmal beschlossen werden soll.

"Freigegeben" versteht die Verwaltung zudem so, dass die Entscheidung darüber, ob und wann diese Stellen besetzt werden, nicht allein dem Hauptausschuss obliegt, sondern dass dies (auch) im Verantwortungsbereich des Oberbürgermeisters liegt.

Das folgt aus dem Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich des Oberbürgermeisters für die Leitung der Verwaltung und den ordnungsgemäßen Gang der Verwaltung (§ 38 Abs. 2 S. 2 KV M-V) bzw. für die Geschäfte der laufenden Verwaltung, zu denen insbesondere diejenigen gehören, die den laufenden Betrieb der Verwaltung aufrechterhalten (§ 38 Abs. 3 S. 2 u. 3 KV M-V). § 22 Abs. 5 S. 4 KV M-V fordert zudem ein Einvernehmen bei den Aufgaben als oberste Dienstbehörde, wobei die Hauptsatzung in § 6 Absatz 5 dieses Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister reduziert nur bei Stellenbesetzungen ab der Entgeltgruppe E 13 TVöD-VKA bzw. Besoldungsgruppe A13 vorsieht.

Ohne ein solches Verständnis der Beschlusslage hätte die Verwaltung dem Oberbürgermeister anraten müssen, Widerspruch gegen den (gesamten) Haushaltsbeschluss einzulegen, da § 33 Abs. 1 S. 1 KV M-V bei Rechtswidrigkeit kein Ermessen einräumt; es müsste dann zwingend Widerspruch erhoben werden.

Claus Ruhe Madsen



Beschlussvorlage	Datum:	20.02.2020
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	OB, Claus Ruhe Madsen
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:	S 3, Steffen Bockhahn
Beteiligte Ämter: Amt für Schule und Sport Kämmereiamt		
Weiterer Umgang mit den Sportstätten der Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH (WIRO); Prüfauftrag 2018/AN/3841		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.03.2020	Ausschuss für Schule, Hochschule und Sport	Vorberatung
19.03.2020	Finanzausschuss	Vorberatung
24.03.2020	Hauptausschuss	Vorberatung
01.04.2020	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss fasst gem. § 35 Abs. 2 S. 4 Kommunalverfassung M-V anstelle der Bürgerschaft folgenden Beschluss: *

Die Sportstätten der Wohnen in Rostock Wohnungsgesellschaft mbH (WIRO) verbleiben im Eigentum der WIRO. Für die fünf Sportstätten Kranichweg, Danziger Str., Ratzeburger Str., B.-v.-Suttner-Ring, Sprengmeisterweg sowie den Sportpark Gehlsdorf (ohne Schießhalle) werden durch die Hanse- und Universitätsstadt Rostock jährliche Ausgleichszahlungen zu den entstandenen Unterdeckungen geleistet (für die fünf Sportstätten ab dem 01.01.2021; für den Sportpark Gehlsdorf (ohne Schießhalle) ab dem 01.11.2020).

Beschlussvorschriften: § 22 KV M-V

bereits gefasste Beschlüsse: Nr. 2018/AN/3841

Vorbemerkung:

Die Beschlussfassung durch den Hauptausschuss im Rahmen des § 35 Abs. 2 der Kommunalverfassung M-V ist vorgesehen, da infolge der aktuellen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die Bürgerschaft der Hanse- und Universitätsstadt Rostock nicht zu einer ordentlichen Sitzung zusammentreten kann.

Die getroffene Entscheidung wird der Bürgerschaft gem. § 35 Abs. 2 S. 5 Kommunalverfassung M-V zur Genehmigung vorgelegt. *

Sachverhalt:

Zwischen 1999 und 2004 wurden der WIRO durch die HRO im Wege von Vermögenszuordnungsvereinbarungen Sportanlagen (im Wesentlichen Sporthallen) unentgeltlich (1 DM/1 Euro) zum Zwecke der Sanierung bzw. Neubau und der dauerhaften Nutzung für schulische und private Nutzungen (Vereine) zugeordnet.

Durch die Bundesrepublik Deutschland wurde der WIRO 1999 der Sportpark Gehlsdorf (Schwimmhalle, Sporthalle und -platz, Schießhalle (durch WIRO neu errichtet)) mit einer zwanzigjährigen Nutzungsbindung (endet per November 2020) kostenfrei übertragen.

Die durch den Schulsport entstehenden Unterdeckungen werden der WIRO durch die HRO zu 100 % erstattet. Der Vereinssport darf seitens der WIRO lediglich gemäß Entgeltordnung (Ortsrecht Ordnung Nr. 5/6) der HRO berechnet werden. Das führt zu laufenden Unterdeckungen bei der WIRO.

Bislang hat die WIRO diese Unterdeckungen mit den Gewinnen aus den anderweitigen Geschäften verrechnet. Gemäß derzeitig vorgenommener Betriebsprüfung (2014 – 2016) ist davon auszugehen, dass jedenfalls zukünftig (ob rückwirkend derzeit offen) eine Spartenrechnung vorgenommen werden muss, die eine Verrechnung mit den Gewinnen ausschließt und die Steuerbelastung der WIRO um ca. 350.000 Euro/Jahr erhöht.

Die WIRO hat in 2018 Sachwertgutachten zu den Sportstätten erstellen lassen. Die HRO hat sich im Rahmen des Prüfauftrages vorerst auf die schulisch genutzten Sporthallen (Kranichweg, B.-v.-Suttner-Ring, Danziger Straße, Ratzeburger Straße) sowie die schulisch nicht genutzte Sporthalle Sprengmeisterweg konzentriert. Alleine diese fünf Sporthallenkomplexe weisen einen Sachwert von 12.539.000,00 Euro aus. Die HRO hatte dazu die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Baker Tilly beauftragt, insbesondere die steuerlichen Auswirkungen bei einer Rückübertragung darzulegen. Im Falle eines Rückerwerbs durch die HRO würden Steuern (HRO und WIRO) in Höhe von 4.069.950,00 Euro anfallen (zuzüglich der Zahlung des Kaufpreises durch die HRO). Im Falle einer Sachausschüttung würde die steuerliche Belastung (HRO und WIRO) 5.950.950,00 Euro betragen (Anlage 1, Memorandum Baker Tilly).

Aufgrund dieser Ergebnisse waren sich HRO und WIRO bewusst, dass eine Rückübertragung von Sportstätten über einen solchen Weg wirtschaftlich vernünftig nicht darstellbar ist und eine andere, geeignetere Variante gefunden werden musste.

Daraufhin wurde eine Variante zu einer Pachtzahlung (inklusive oder exklusive Instandhaltung) der HRO an die WIRO und der Bewirtschaftung durch die HRO untersucht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass alle an die WIRO übertragenen Objekte mit erheblicher öffentlicher Förderung einer Generalsanierung unterzogen worden sind. In einem Vergleich der Bewirtschaftungs-Aufwendungen vergleichbarer Sportstätten zwischen WIRO und HRO (lediglich eingeschränkt bewertbar, da bauliche Zustände unterschiedlich sind sowie unterschiedliche Personalkonzeptionen angewandt werden) ist im Ergebnis festzustellen, dass bei einer Bewirtschaftung der in Rede stehenden Objekte durch die HRO keine signifikanten wirtschaftlichen Vorteile für die HRO zu erwarten wären (Anlage 2, Kostenvergleich). Aus diesem Grund wurde diese Variante nicht weiter verfolgt.

Hinsichtlich einer Variante zu durch die HRO zu leistenden Ausgleichszahlungen für die bei der WIRO entstehenden Unterdeckungen, bezogen auf die fünf Sporthallenkomplexe, hat die WIRO die durchschnittliche jährliche Belastung der HRO anhand der Planungsdaten 2020 – 2029 inklusive Gemeinkosten und Gewinnzuschlag ermittelt (Anlage

3, Ermittlung Zahlungsausgleich Sportstätten). Der durchschnittliche jährliche Ausgleich betrüge demnach 547.293 Euro netto zzgl. Umsatzsteuer in Höhe von 103.986 Euro = 651.278 Euro brutto.

Betreffend des Sportparks Gehlsdorf besteht zwischen WIRO und HRO Einigkeit, dass hier lediglich Ausgleichszahlungen für die Schwimm- und die Sporthalle in Betracht kommen kann. Die Schießhalle soll durch die WIRO kostendeckend vermietet/verpachtet werden, oder, wenn das nicht möglich ist, geschlossen werden. Zum Sportpark Gehlsdorf hat die WIRO ebenso eine Ermittlung der durchschnittlichen Ausgleichszahlungen vorgenommen (Anlage 4, Ermittlung Zahlungsausgleich Gehlsdorf). Demnach sind für die Schwimmhalle und die Sporthalle (ohne Schießhalle) 680.602,25 Euro netto zzgl. Umsatzsteuer (19%/7%; Anmerkung: entgegen der Darstellung in Anlage 4 vertritt die Verwaltung die Auffassung, dass auch zu Sporthallen eine 19%ige Umsatzsteuer zu entrichten sein wird) in Höhe von 69.030,40 Euro = 749.632,65 Euro brutto durch die HRO auszugleichen.

Von Seiten der Verwaltung wird die Variante zur Leistung o.g. Ausgleichszahlungen an die WIRO als angemessene, tragfähige und geeignete Variante angesehen. Diese Variante ist mit der WIRO einvernehmlich abgestimmt. Die WIRO betont in diesem Zusammenhang, dass - aufgrund ihrer positiven Geschäftsentwicklung - eine Erhöhung der Gewinnausschüttungen möglich ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Bereitstellung der Mittel in der Haushaltsdurchführung 2020/2021 ist im Zuge einer außer-/überplanmäßigen Bewilligung sicherzustellen. Der Gesamtausgleich wird ca. 1.401 TEUR/Jahr betragen.

gez.

Claus Ruhe Madsen

Anlagen:

Anlage 1, Memorandum Baker Tilly

Anlage 2, Kostenvergleich

Anlage 3, Ermittlung Zahlungsausgleich Sportstätten

Anlage 4, Ermittlung Zahlungsausgleich Gehlsdorf

***redaktionell geändert (03.1 Wi)**

Beschlussvorlage	Datum:	19.02.2020
Entscheidendes Gremium: Hauptausschuss	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Federführendes Amt: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Kämmereiamt		
Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 480,38 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.04.2020	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 480,38 EUR für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege.

Beschlussvorschriften: § 6 Abs. 3 Nr. 5 Hauptsatzung

Sachverhalt:

Der MaumauShop – Steffanie und Gunnar Diedrichs erklärt dem Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege die Hingabe einer Sachzuwendung in Form von zwei Bäumen. Diese Bäume werden im Arankapark Warnemünde gepflanzt. Der Sachwert der Spende beträgt 480,38 EUR.

Die Sachzuwendung wird gem. § 52 Abs. 2 Nr. 8 Abgabenordnung für die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Umweltschutzes verwendet.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Claus Ruhe Madsen

Beschlussvorlage	Datum:	19.02.2020
Entscheidendes Gremium: Hauptausschuss	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Federführendes Amt: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Kämmereiamt		
Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 1.000 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.04.2020	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Annahme einer Geldzuwendung in Höhe von 1.000,00 EUR für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege für Baumpflanzungen.

Beschlussvorschriften: § 6 Abs. 3 Hauptsatzung

Sachverhalt:

Frau Carolin Rodenstein erklärt dem Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege die Hingabe einer Geldzuwendung in Höhe von 1.000,00 € für Baumpflanzungen.

Die Geldzuwendung wird gem. § 52 Abs. 2 Nr. 8 Abgabenordnung für die Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Umweltschutzes verwendet.

Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: 67 -. Amt für Stadtgrün

Produkt: 55100

Bezeichnung: Stadtgrün

Investitionsmaßnahme Nr.: 6755100201200899

Bezeichnung: Städtische Baumpflanzungen

Pos. 4 – Spenden Baumpflanzungen
Pos. 6 – Baumpflanzungen aus Spenden

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2020	68167901 - Anzahlungen auf Investitionszuwendun- gen vom privaten Bereich sonstiger privater Bereich - zweckgebunden			1.000 €	
2020	78512001 - Auszahlungen für Baumaßnahmen an unbebauten Grundstücken (Herstellungskosten) - zweckgebunden				1.000 €

☐ Die finanziellen Mittel sind Bestandteil der zuletzt beschlossenen Haushaltssatzung.

Weitere mit der Beschlussvorlage mittelbar in Zusammenhang stehende Kosten:

☒ liegen nicht vor.

☐ werden nachfolgend angegeben

Claus Ruhe Madsen

Beschlussvorlage	Datum:	19.02.2020
Entscheidendes Gremium: Hauptausschuss	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller-von Wrycz Rekowski
Federführendes Amt: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Kämmereiamt		
Annahme einer Sachzuwendung im Wert von 150 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.04.2020	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt die Annahme einer Schenkung eines Baumes mit einem Sachwert in Höhe von 150 € für das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege.

Beschlussvorschriften: § 6 Abs. 3 Nr. 5 Hauptsatzung

Sachverhalt:

Frau Selina Pavlitschek erklärt dem Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege die Schenkung eines Walnussbaumes. Der Baum stammt aus ihrem Privatvermögen soll auf dem Platz des Friedens in Hohe Düne gepflanzt werden. Der Sachwert der Zuwendung beträgt geschätzt 150 EUR.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Claus Ruhe Madsen